

euro **BILANZ** 2013

der FPÖ-Delegation



Bild: PEGÖ-FPÖ

**A. Mölzer*:
aktivster
Österreicher**



Bild: flickr

**Österreich und
der Kampf um
die EU-Milliarden**



Bild: Obermayr

**F. Obermayr*:
Präsident der
Europäischen
Allianz für Freiheit**



Bild: FPÖ-PEGÖ

Das Gegenmodell:

Konföderierte Staaten von Europa

**Die freiheitliche Delegation im EU-Parlament für
Österreichs Interessen und das wahre Europa**

- * **Andreas Mölzer**, fraktionsloses Mitglied des Europäischen Parlaments
- * **Franz Obermayr**, fraktionsloses Mitglied des Europäischen Parlaments

Viel erreicht, noch viel zu tun

VON ANDREAS MÖLZER*

Ein knappes Jahr vor der nächsten Europawahl Ende Mai 2014 ist es Zeit, Bilanz zu ziehen: Und diese fällt durchwegs positiv aus. Denn im Kampf gegen die zahlreichen Irrwege der Europäischen Union konnte einiges erreicht werden, insbesondere im Kampf gegen den drohenden EU-Beitritt der Türkei. So ist der De-facto-Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit Ankara nicht nur eine Folge der autoritären Politik des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan, sondern vor allem der konsequenten und hartnäckigen Politik der patriotischen Parteien und Bewegungen Europas zu verdanken. Wovon Millionen von Europäern zutiefst überzeugt sind, wurde von Europas Rechtsdemokraten artikuliert: Daß nämlich die Türkei weder geographisch noch kulturhistorisch ein Teil Europas ist. Dadurch konnte wiederum der Druck auf das politische Establishment in Ländern wie Österreich, Frankreich oder Italien erhöht werden. Und um nicht von den Wählern abstrafte zu werden, und um zu verhindern, daß patriotische Parteien noch mehr Zulauf erhalten, schwenkten Wien, Paris und Berlin auf eine türkeikritische Linie um, was nicht ohne Folgen für den Beitrittsprozeß blieb.

Während die Türkei-Verhandlungen praktisch am Ende sind, konnte am 1. Juli 2013 Kroatien als 28. Mitglied der Europäischen Union beitreten. Ein Schritt, der zu begrüßen ist. Auch wenn die Kroaten noch eine Reihe von Probleme zu lösen und die Korruption zu bekämpfen haben, so muß eines dennoch klar sein: Daß dieses mittel-europäisch geprägte Volk Teil der europäischen Völkerfamilie ist.

Ebenfalls kulturhistorisch in Europa verankert ist Serbien. Deshalb ist zu begrüßen, wenn Brüssel spätestens Anfang 2014 Beitrittsverhandlungen mit Belgrad aufneh-

men will. Schließlich wurde in der Vergangenheit bei der EU-Annäherung Serbiens unnötig Zeit vergeudet, insbesondere wegen des Drucks auf Belgrad, die Wünsche des Kosovo zu erfüllen. Anstatt weiterhin den Schutzpatron der Kosovaren zu spielen, ist die EU gut beraten, Serbien endlich mit der gebotenen und zu erwartenden Fairneß zu behandeln.

Ein Thema, das uns in den vergangenen Jahren zutiefst beschäftigt, manche auch verängstigt hat, ist die Schuldenkrise in der Euro-Zone. Trotz Rettungspaketen in Höhe von fast 250 Milliarden Euro steht Griechenland noch immer am Rande der Pleite, und sollten Italien und vielleicht auch Frankreich unter den Euro-Rettungsschirm ESM schlüpfen müssen, wäre das Ende der Währungsunion besiegelt. Aber anstatt aus der Euro-Krise die richtigen Lehren zu ziehen und die Währungsunion zu teilen bzw. das geordnete Ausscheiden einzelner Mitglieder zu ermöglichen, sucht das EU-Establishment sein Heil in einer



Bild: PEGÖ-PPÖ

Editorial

weiteren Zentralisierung der Europäischen Union – ein Irrweg, welcher die Probleme nur vergrößert.

Deshalb ist es höchst an der Zeit, nach Gegenmodellen zur heutigen Europäischen Union zu suchen. Und ein solches könnte in den Konföderierten Staaten von Europa liegen, einem Verbund freier Staaten, der seinen Mitgliedern nach innen die größtmögliche Freiheit gewährleistet und nach außen hin stark und einig auftritt, was insbesondere im Wettstreit mit anderen Mächten wie den USA oder China unabdingbar ist.

Und eines muß klar sein: Zur europäischen Integration, auch wenn sie sich heute weit von ihrer Grundidee des Friedensprojekts entfernt hat, gibt es keine Alternative. Gerade wer Europa und seine historisch gewachsenen Völker liebt, muß deshalb die EU-Irrwege bekämpfen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Denn es geht nicht – wie Kritiker EU-skeptischen Kräften dies den Freiheiten vorwerfen – um die Ablehnung Europas. Ganz im Gegenteil, es geht um ein besseres Europa.

* Andreas Mölzer ist fraktionsloses Mitglied des Europäischen Parlaments

Editorial 2

Andreas Mölzer aktiver EU-Mandatar Österreichs 3

Konföderierte Staaten von Europa – Ein Gegenmodell von A. Mölzer 4-7

Kroatiens EU-Beitritt 6

Kein Wille zu großer EU-Agrarreform 7

Andreas Mölzer im politischen Fokus 8-9

Kampf um die EU-Milliarden 10-11

Mölzer in sozialen Netzwerken 12

EAF-Tagung 13

Türkei: Aufstand gegen Erdogan 14-15

Objektive Information: A. Mölzers Internetseite 16

Inhalt

IMPRESSUM

MEDIENINHABER

Tributsch Werbeberatung KEG
Engelsberggasse 4/3, A-1030 Wien

REDAKTION

Dr. Bernhard Tomaschitz

Die zum Ausdruck gebrachten Meinungen liegen in der alleinigen Verantwortung des jeweiligen Verfassers und geben nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt der Europäischen Parlaments wieder.

Mit Abstand der aktivste Österreicher

Andreas Mölzer zählt zu den fleißigsten aller 765 EU-Abgeordneten

Knapp ein Jahr vor den nächsten EU-Wahlen wurde in Brüssel die jüngste Leistungsbilanz der EU-Abgeordneten veröffentlicht. Die von den Mainstream-Medien als wenig einflussreich verunglimpften EU-kritischen Abgeordneten belegen in den Ranglisten, die die gesamten parlamentarischen Tätigkeiten erfassen, die vordersten Plätze. Sie setzen sich daher offenbar am meisten für die Bürger und Wähler aus ihren Ländern ein. Einer, der seit Jahren ganz vorne zu finden ist, ist der freiheitliche Delegationsleiter Andreas Mölzer.

Aufgrund seiner Aktivität zählt er seit Beginn der Legislaturperiode im Juli 2009 zu den fleißigsten Abgeordneten. Aktuell belegt Mölzer in der von der Internetseite www.mepranking.eu veröffentlichten Rangliste Platz sechs unter den nunmehr 765 Mandataren aus 28 EU-Mitgliedsstaaten. Die anderen österreichischen Delegationsleiter liegen weit abgeschlagen im Mittelfeld.

Während Andreas Mölzer seit Beginn des Jahres bereits 59mal das Wort ergriffen hat, scheint es den anderen Abgeordneten offenbar die Sprache verschlagen zu haben. Der stolze Vize-Präsident des Europä-

MÖLZER, Andreas (Austria)
 EUROPEAN POLITICAL GROUP
 Non-attached Members (NI)
 CONTACT
 andreas.molzer@europarl.europa.eu
 WEB
 Andreas in the EP site
 ACTIVITIES
 1834
 RANK
 6th among 753 MEPs

73.9% 82%

Eindeutige Aussage: Der unabhängige Internetdienst www.mepranking.eu weist Andreas Mölzer unter 765 Mandataren als sechstfleißigsten EU-Abgeordneten aus

ischen Parlaments, ÖVP-Delegationsleiter Othmar Karas, meldete sich trotz seiner privilegierten Position heuer nur 15mal zu Wort. Insgesamt rangiert er auf Platz 180. Der Chef der SPÖ in Brüssel, Jörg Leichtfried, fand es im laufenden Jahr gar nur sieben Mal der Mühe wert, sich zu äußern. In Summe reicht es daher nur für Platz 271.

Die grüne Delegationsleiterin Ulrike Lunacek ergreift vor allem dann das Wort, wenn sie die Rechte von „Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgenderpersonen oder Intersexuellen – LGBTI“ in Gefahr sieht oder wieder einmal den raschen EU-

Beitritt des lebensunfähigen und am Tropf des EU-Steuerzahlers hängenden Kosovo einfordert. Mit Platz 156 in der Gesamtwertung ist sie weit von den besten hundert entfernt.

Um den selbsternannten „Aufdecker“ und „EU-Rebellen“ Hans-Peter Martin ist es sehr ruhig geworden, seitdem die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen des Verdachts auf einen Millionenbetrug im Zusammenhang mit der Wahlkampfkostenrückerstattung ermittelt. Offenbar will er im Moment nicht auf fallen.

Richtig befreit wirkt dagegen Angelika Werthmann, die sich schon vor zwei Jahren von Martin wegen der angeblichen finanziellen Unregelmäßigkeiten von Martin verabschiedet und sich der Fraktion der Liberalen angeschlossen hatte. Sie belegt in der Endabrechnung den ausgezeichneten 17. Platz. Gegenüber dem letzten Mal etwas verbessert hat sich Ewald Stadler. Auffallend ist dennoch seine schlechte Anwesenheit von nur 86 Prozent. Das Schlußlicht unter den österreichischen Abgeordneten bildet wie in den letzten Jahren der Generalsekretär des schwarzen Seniorenbundes, Heinz Becker (Platz 680). ♦

Mölzer: Österreichs aktivster Abgeordneter im EU-Parlament

MdEP	Plenartage (ges. 219)	Anwesenheit im Plenum in %	Reden im Plenum	Anfragen an Rat und Kommission	Abänderungsanträge in Ausschüssen
Mölzer (FPÖ)	216	98,63	296	573	947
Karas (ÖVP)	208	94,98	92	35	674
Leichtfried (SPÖ)	211	96,35	68	70	186
Lunacek (Grüne)	206	94,06	100	97	649
Werthmann (Liberal)	216	98,63	186	463	328
HPM	216	98,63	98	531	174
Stadler (BZÖ)	71*	86,59	39	0	46

Quelle: Europäisches Parlament, Stand: 15. Juli 2013

* EU-Abgeordneter erst seit 12. Dezember 2012

Die derzeit heftig diskutierten „Vereinigten Staaten von Europa“, die nach Ansicht nahezu aller EU-Granden das Ziel der europäischen Integration sein müßten, sind in Wahrheit bloß der Deckmantel für jene Euro-Zentralisten, die den Weg in die Schuldenunion, in die Vergemeinschaftung der europäischen Finanzen als Mittel zur Auflösung der europäischen Nationen sehen.

Die Raison d'être des historisch gewachsenen europäischen Nationalstaats, nämlich nationale Souveränität, ergänzt durch den zentralen kulturellen Faktor der nationalen Identität sowie durch den zentralen sozialen Faktor der nationalen Solidarität soll – so der offenbar dogmatische Glaubenssatz der Euro-Zentralisten – überwunden und aufgelöst werden.

Da gibt es dann nicht mehr die bisherigen zumindest rest-souveränen Nationalstaaten als gestaltende Faktoren im geeinten Europa und schon gar nicht die europäischen Völker als national-kulturelle Entitäten, es gibt nur mehr diese „Vereinigten Staaten von Europa“ und darunter deren Bürger. Nicht die Summe der nationalen Demokratien, repräsentiert in den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten, ist es dann, die die europäische Demokratie ausmacht. Vielmehr eine zentralistische Staatsspitze, die die Masse der möglichst gleichgeschalteten europäischen Bürger, eine halbe Milliarde etwa an der Zahl, dirigiert.

Das, was den Reichtum und das eigentliche Charakteristikum Europas ausmacht, nämlich die Pluralität und Unterschiedlichkeit der nationalen Kulturen, die Eigenheiten der europäischen Völker, ihre höchst unterschiedlichen Sprachen und kulturellen Höchstleistungen, soll dabei – so das evidente Fernziel – einem gleichgeschalteten „europäischen Menschen“ weichen, der als Ausgeburd eines europäischen Melting-pot mit entsprechend starken Zuwanderungsfaktoren aus aller Welt mit der herkömmlichen nationalen Vielfalt der europäischen Völker nichts mehr zu tun hat.

Konföderation als Gegenmodell: Als Gegenmodell dazu könnte man ein Konzept der „Konföderierten Staaten von Europa“ entwickeln. Dieses Gegenüberstellen der Modelle der „Konföderierten Staaten von Europa“ zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ bedeutet natürlich keineswegs, daß hier der historische Antagonismus zwischen den amerikanischen Unionisten und den amerikanischen Konföderierten des 19. Jahrhunderts nachgespielt werden sollte. Die politischen Voraussetzung, die kulturellen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten im Nordamerika des 19. Jahrhunderts waren ja völlig andere als jene, die Europa im 21. Jahrhundert prägen. Generell läßt sich dennoch sagen, daß das Konzept der „United States of Europe“ die bisherigen Mitgliedstaaten „vereinigen“ und damit als eigene staatsrechtliche Entitäten überwinden und in der Folge auch auflösen soll. Eine „Konföderation“ europäischer Staaten hingegen soll diese nur in einen Bund souveräner Staaten zusammenführen. Ihre Souveränität

Eine Konföderation würde die Souveränität ihrer Mitgliedstaaten nicht auflösen, sondern bündeln.

wird damit nicht aufgelöst, sondern gebündelt, um damit gemeinsam die europäischen Interessen in der Welt und die Belange der Bürger dieser Staaten vertreten zu können.

Jene Definition der Europäischen Union als „Staatenverbund“, die vom deutschen Höchstgericht stammt, das damit ausdrücken wollte, daß die europäische Integration etwas Besonderes, historisch Beispiellooses darstellt, müßte somit weiterentwickelt werden. Weiterentwickelt eben zu einer Konföderation besonderer Art, welche die Einzel-Souveränitäten der Mitgliedstaaten zwar verbindet, aber dennoch uneingeschränkt respektiert und der Erhaltung der speziellen national-kulturellen Identitäten der europäischen Völker dient.

Nicht die zentralistische Gleichschaltung der bisherigen Mitgliedstaaten, sondern die föderative Ausgestaltung eines Europas der Vielfalt wäre das erklärte Staatsziel einer solchen Konföderation. Welche staatsrechtlichen Institutionen eine solche Konföderation der besonderen Art bräuchte, muß sich aus der Aufgabenstellung dieses weiterentwickelten Staatenverbunds ergeben.

Demokratie im Nationalstaat. Die demokratische Partizipation der Bürger vollzieht sich jedenfalls dabei weiter im nationalstaatlichen Rahmen. Keinesfalls also kann ein gesamteuropäisches Parlament die nationalen Parlamente entmachten oder gar ersetzen. Auch dürfte konföderiertes Gemeinschaftsrecht nationales Recht nur dort brechen, wo es sich um die im Zuge einer klar definierten Subsidiaritätsregelung der Konföderation zugestandenen politischen Aufgaben handelt. Diese wären mit Sicherheit eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik, sowie eine Art gemeinsames Direktorium als Konföderationsspitze und als Repräsentant dieser Konföderation gegenüber außereuropäischen Mächten. Wie weit Wirtschafts- und Währungspolitik Konföderationssache sein müßte, bliebe – ähnlich wie bei den bereits heute vorhandenen Maastricht-Kriterien – der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen konföderierten Volkswirtschaften vorbehalten. Eine zwangsweise



Konföderie von E

Ein Gegenmodell vo



Bild: ZF-Archiv

erte Staaten uropa

on Andreas Mölzer*

Vergemeinschaftung derselben über einen gemeinsamen Markt hinaus wäre wenig sinnvoll. Die derzeit existente Währungsunion müsste man wohl durch einen entsprechenden Rückbau überlebensfähig machen.

Vom institutionellen Gefüge her würde also ein Europäisches Parlament, wenn es überhauptso benannt werden sollte, eher ein plebiszitär in den einzelnen Mitgliedstaaten abgestützter Vertretertag dieser konföderierten Staaten sein, dessen legislative Befugnisse ausschließlich für den Bereich der konföderierten Gemeinschaftsaufgaben ge-

geben wären. Dazu sollte neben der Repräsentanz nach außen und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vernünftigerweise auch so etwas wie die Kontrolle der Einhaltung einer europäischen Charta gehören, in der Grundrechte, Bürgerrechte und gemeinsame demokratische Standards definiert sein müssten.

Im Gegensatz zur Forderung der Unionisten, die aus dem bisherigen europäischen Rat eine Art europäischer Staatenkammer mit geringeren Befugnissen machen wollen, bliebe die ständige Repräsentanz der Regierungen der Mitgliedstaaten in einer Konföderation zwangsläufig das eigentliche politische Machtzentrum derselben. Koordiniert und repräsentiert durch das bereits genannte Konföderations-Direktorium müsste in einem solchen europäischen Rat die politische Willensbildung stattfinden, wobei das Abstimmungsge- wicht der einzelnen Mitgliedstaaten sehr wohl nach der Größe und nach der Dimension der ökonomischen Gemeinschafts-Leistung eingestuft werden müsste. Dabei sollten bei den gewissermaßen alltäglichen politischen Fragen Mehrheitsbeschlüsse möglich sein und ein Veto eines einzelnen Mitgliedstaats nur in wirklich existenziellen politischen Fragen der Konföderation möglich sein.

Begrenzung der Gemeinschaftsaufgaben. Während die Befürworter des Modells der „Vereinigten Staaten von Europa“ den Ausbau der gegenwärtigen EU-Kommission zu einer wirklichen europäischen Regierung befürworten, wäre für das Modell der „Konföderierten Staaten

von Europa“ nur eine administrative Behörde vonnöten, die dem Konföderations-Direktorium untersteht und die im Zuge der fest definierten Subsidiaritätsbereiche ausschließlich die Agenden der Konföderation behandelt. Vorrangig müsste es also eine Art Außenministerium der Konföderation geben sowie ein dem zur Seite gestelltes Sicherheitsministerium und wohl auch ein Wirtschaftsministerium sowie ein Justizministerium, das den gemeinsamen europäischen Rechtsbestand und die gemeinsame europäische Gerichtsbarkeit zu organisieren und zu beaufsichtigen hätte. Das Konföderations-Direktorium könnte – ähnlich wie es bei der gegenwärtig real existierenden Europäischen Union der Fall ist – aus einem ständigen Ratspräsidenten, dem Konföderations-Außenminister und dem Parlaments-Präsidenten bestehen. Mitglieder dieses Direktoriums müssten auf Vorschlag aus dem Konföderationsrat durch das Konföderationsparlament gewählt werden und auf Vorschlag des Konföderationsrats in diesem Konföderationsparlament auch wieder abberufen werden können.

Gewaltenteilung auf nationaler Ebene. Gewaltenteilung als Basis für jedes demokratische Gefüge würde in erster Linie in den Mitgliedstaaten stattfinden, auf Konföderationsebene allerdings strikt in den Bereichen der Konföderations-Agenden. Da wäre das Konföderationsparlament Legislative und das Direktorium Exekutive, wobei ein unabhängiger Europäischer Gerichtshof die entsprechende Judikative darstellen müsste.

Solcherart verfasste „Konföderierte Staaten von Europa“ sollten also nach innen hin unter Wahrung der mitgliedstaatlichen Souveränität föderativ und subsidiär organisiert sein, um die Bewahrung und Weiterentwicklung der national-kulturellen Identitäten der europäischen Völker, Volksgruppen und Regionen optimal gewährleisten zu können. Die Souveränitätsrechte der Mitgliedstaaten wären nur durch die Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik, durch die Wahrung des gemeinsamen Rechtsbestandes und die Aufrechterhaltung eines gemeinsamen europäischen Marktes eingeschränkt, wobei dieser zu einer Währungs- und Wirtschaftsunion wachsen könnte, wo es die volkswirtschaftliche Kraft der einzelnen Mitgliedstaaten erlaubt. Nach außen hin müsste eine solche europäische Konföderation einig und machtvoll auftreten können.

Während die Europäische Union nach außen hin schwach, ja sogar ohnmächtig ist und nach innen hin einen geradezu paternalistischen Reglementierungswahn aufgebaut hat, sollte eine solche Konföderation europäischer Staaten das Gegenteil darstellen: stark und einig in der Durchsetzung europäischer Interessen in der Welt, liberal und tolerant gegenüber den Mitgliedstaaten und dem einzelnen Bürger nach innen hin.

Die Währungsunion müsste durch einen entsprechenden Rückbau konkurrenzfähig gemacht werden.

* Andreas Mölzer ist fraktionsloses Mitglied des Europäischen Parlaments



Mitglied Nr. 28: Dalia Grybauskaitė, Präsidentin des EU-Vorsitz-Landes Litauen und der kroatische Präsident Ivo Josipovic beim Festakt in Agram

Bilder: ZZ-Archiv

Skepsis und Hoffnung

Kroatien ist der EU beigetreten: Die Euphorie ist längst verfliegen, auf das Land warten noch viele Reformen und große Anstrengungen

Mehr als 17 Jahre nach dem Ende des Jugoslawienkriegs ist Agram am Ziel seiner langen Reise in die EU angekommen und am 1. Juli als 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union beigetreten. Vom Beitritt verspricht sich Kroatien EU-Förderungen für die Infrastruktur und Wachstumsimpulse durch ausländische Investitionen. Nach Jahren der Stagnation umwarb Regierungschef Zoran Milanovic bereits im Vorfeld des EU-Beitritts intensiv ausländische Investoren, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Nicht zuletzt waren die ausländischen Direktinvestitionen 2012 im Zuge der EU-Staatsschulden- und Bankenkrise auf knapp ein Fünftel der 2008 investierten 4,2 Mrd. Dollar eingebrochen. Kroatiens wirtschaftliche Probleme hängen natürlich eng mit der Euro-Krise zusammen. Beispielsweise ist mit Italien der wichtigste Handelspartner als Abnehmerland ausgefallen.

Wiederaufbau und Modernisierung: Bis zu zehn Milliarden Euro an

EU-Fördergelder sollen für den Wiederaufbau und Modernisierung von aus Tito-Zeiten stammenden Schienennetzen, Brücken und Kanalisation fließen. Zahlreiche Reformen, etwa um den Binnenmarkt zu diversifizieren, sollen den Lebensstandard an das Niveau der östlichen EU-Staaten anpassen.

Kommt ein Aufschwung? Während die einen das „neueste Milliarden-Grab der EU“ prognostizieren, basierend auf der – mitverursacht durch die EU-Schuldenkrise – schlechten wirtschaftlichen Lage und Korruption, sehen andere jede Menge Chancen. Insbesondere das Börsengeschäft des Landes soll angekurbelt werden.

Bereits im vergangenen Jahr war die Agramer Börse eine der erfolgreicheren Börsen in Südosteuropa. Wenn die Risikoeinschätzung für Kroatien mit der Aufnahme in die Union sinkt, stärkt dies auch die Kapitalflüsse. Daß Anleger nun verstärkt bei kroatischen Staatsanleihen

zugreifen – und das, obgleich die US-Ratingagenturen Kroatiens Bonitätsnote erst zu Jahresende 2012 bzw. Anfang 2013 auf „Ramsch-Niveau“ gesenkt haben – macht deutlich, daß die Rechnung aufgehen und der Kuna verstärkt rollen könnte. Die besten Chancen werden dem Tourismus zugerechnet, der das beste Potential für Investoren bietet. Gerade für diese Branche (die immerhin ein Fünftel zur Wirtschaftsleistung beiträgt) wird mit dem Beitritt ein Aufschwung erwartet.

Grenzsicherung wird ausgebaut: Kroatien ist seit 1. Juli 2013 zwar EU-Mitglied, nicht jedoch Teil des Schengenraums. Dennoch bemüht sich das Land, die neuen Außengrenzen der Europäischen Union so abzusichern, daß sie bereits jetzt möglichst den Schengen-Standards entsprechen. Technisch wurde aufgerüstet: in neue Fahrzeuge, Wärmebildkameras und Nachtsichtgeräte wurde investiert, um Kroatiens 1377 Kilometer Land- und 1000 Kilometer Seegrenze besser gegen illegale Grenzgänger zu sichern. ◆

Keine große Reform

Bei der Gemeinsamen Agrarpolitik gibt es nur kosmetische Änderungen



Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten haben beim Juni-Gipfel mit Vertretern der Kommission und des Europäischen Parlaments endgültig auf die fast eine Billion schwere EU-Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2020 geeinigt.

Neue Förderrichtlinien: Eine Einigung konnte auch im Hinblick auf die Reform der Agrarbeihilfen der Europäischen Union erzielt werden. Künftig soll es den einzelnen Mitgliedstaaten möglich sein die Förderung pro Betrieb bei 300.000 Euro zu deckeln. Österreich will das laut Landwirtschaftsminister Berlakovich tun.

Ein Drittel der Zahlungen wird zudem an Umweltleistungen geknüpft werden. Fünf Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche sollen naturnah bleiben. Ab 2017 soll dieser Anteil nach einer Überprüfung auf sieben Prozent steigen. Größere Betriebe (ab zehn Hektar) werden zum Anbau mehrerer Früchte verpflichtet. Auch werden bisherige agrarferne Förderungen für Golfplätze, Eisenbahntunnel oder Flugplätze gestrichen. Die Agrarreform wird zu Umschichtungen, auch zwischen den Staaten, führen. Kein Landwirt soll künftig weniger als 60 Prozent des regionalen Durchschnitts an Förderungen erhalten.

Klar ist: Die groß angekündigte Reform wird es, trotz der vielen kleinen Änderungen, nicht geben. Die Lobby der Großbauern und Agrarkonzerne hat ihre Pfründe weitgehend bewahrt.

Zu einem richtigen Paradigmenwechsel bei der Förderungsvergabe wird es nicht kommen. Dieser hätte vorausgesetzt, daß man die Bauern nicht nach Produktion oder Fläche, sondern aufgrund der Leistungen für die Allgemeinheit bezahlt. Darunter fallen die Erhaltung der Kulturlandschaft und des für den Tourismus so wichtigen und über die Jahrzehnte entstandenen Landschaftsbildes genauso wie die in Österreich besonders naturnahe Bewirtschaftung der Flächen. Die vielen Kleinbauern sichern zudem in den Landregionen zahlreiche Arbeitsplätze. Das Bauernsterben wird daher wohl weiter gehen.

Reform der Agrarpolitik: Zudem hat die Europäische Union einen Anlauf unternommen, um die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu reformieren und damit zu bestimmen, wie jene 40 Prozent des EU-Budgets, welche in die Landwirtschaft fließen, bis 2020 ausgegeben werden. Dabei haben sich die EU-Staaten bereits auf die Grundzüge der europäischen Landwirtschaftspolitik bis zum Jahr 2020 geeinigt, mit der diese umweltfreundlicher werden soll.

Mehr Öko-Auflagen: Fast die Hälfte der Agrarflächen in Europa gilt als ökologisch geschädigt. 30 Prozent der Agrarfördergelder will die EU-Kommission deshalb künftig teilweise an sogenannte „Greening-Maßnahmen“ binden. Die Erhaltung von Dauergrünland, eine Regelung der Fruchtfolge als Maßnahme gegen Mono-

kulturen und die Festlegung von „ökologischen Vorrangflächen“, auf denen nichts angebaut werden darf, all das soll in Zukunft Voraussetzung für eine Förderung sein.

Droht (noch) mehr Bürokratie?

Zu befürchten ist zudem, daß geänderte Subventionsprogramme mit einem Mehr an Bürokratie einhergehen. Denn wer soll all die vielen neuen Öko-Auflagen kontrollieren? Wer soll etwa kontrollieren, ob die als umweltfreundlich geltenden Eiweißpflanzen angebaut werden? Das kann man nicht vom Schreibtisch aus. In vielen EU-Staaten wird der Verwaltungsaufwand jedenfalls steigen. ♦

Renationalisierung als Ausweg

Eine umweltfreundliche Bewirtschaftung ist von durchrationalisierten internationalen Großkonzernen nicht zu erwarten. Deshalb müssen endlich nicht länger Agrarfabriken den Schwerpunkt der Subventionen bilden, sondern die kleinräumig strukturierte Landwirtschaft. Langfristig gilt es, den Brüsseler Dirigismus zu beenden und den Agrarsektor zu renationalisieren. Denn die Mitgliedstaaten sind besser in der Lage zu beurteilen, wo der Schwerpunkt der Förderungen liegen soll. ♦

Politik im Sinne der Wähler

Andreas Mölzer steht den Bürgern gerne Rede und Antwort und klärt in TV-Diskussion und Gastkommentaren über EU-Irrwege auf

Der Delegationsleiter der Freiheitlichen Partei Österreichs im Europäischen Parlament, Andreas Mölzer, war auch im ersten Halbjahr 2013 wie immer bemüht, Politik im Sinne seiner Wähler zu betreiben und sie auch daran teilhaben zu lassen. So nimmt Andreas Mölzer regelmäßig an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen teil, um den Bürgern des Landes Rede und Antwort zu stehen. Allein im ersten Halbjahr 2013 gab es derer einige. Beispielsweise das Oberkärntner Bürgerforum im April 2013 in Villach. Mit rund 100 Interessierten wurde dabei etwa um den Fortgang des freiheitlichen Lagers diskutiert.

Doch auch den Fragen junger Menschen stellt sich der Europaabgeordnete immer wieder gerne. So hielt er vor einer 8. Klasse des Gymnasiums Villach/Perau einen Vortrag über die Idee der konföderierten Staaten Europas und die Möglichkeiten dieses Alternativmodells. Danach wurden die Fragen der Schüler geduldig beantwortet und deren Ansätze ausgiebig diskutiert. Am 19. Februar 2013 kam

der EU-Mandatar einer Einladung der Karl-Franzens-Universität Graz nach, um mit Ex-Kanzler Alfred Gusenbauer, Ex-EU-Kommissar Franz Fischler und Univ.-Prof. Stefan Storr das Modell der „Vereinigten Staaten Europas“ zu diskutieren. Rund 300 Personen fanden sich ein, um den Ansätzen der hochkarätigen Diskutanten zu lauschen.

Auch für Journalisten ist Andreas Mölzer ein beliebter Ansprechpartner, wenn es rund um europäische Fragen oder ausländische Themen geht. So ist der EU-Abgeordnete regelmäßiger Gast in heimischen Diskussionssendungen wie zum Beispiel am 16. Juni bei „Im Zentrum“. Mit vier weiteren Studiogästen wurden in der Live-Sendung die Ausschreitungen in der Türkei und die Zukunft des türkischen Weges debattiert. Am 13. Juni trat Andreas Mölzer in der Sendung „Inside Brüssel“ auf, in der er mit weiteren Amtskollegen wie Paul Rübig von der ÖVP, Ska Keller von den deutschen Grünen, dem tschechischen Sozialdemokraten Libor Roucek und dem slowenischen Liberalen Ivo Vajgl über

den europäischen Datenschutz und das brandheiße Thema Datensicherheit diskutierte.

Doch auch in den Printmedien ist der Stellenwert des Abgeordneten ein sehr hoher. In regelmäßigen Abständen veröffentlichen Zeitungen wie etwa die „Presse“ oder die „Wiener Zeitung“ seine Gastkommentare zu den gerade brisanten Themen der Republik. Ob zur Bundesheerdebatte, dem Fortbestand des Parteienmodells in dem Land oder Einschätzungen zur eigenen Partei, um nur einige Themen zu erwähnen, trifft der etablierte Politiker mit seinen Einschätzungen immer wieder ins Schwarze. Leser wie Herausgeber freuen sich über seine kompetenten Expertisen. Aber auch in ausländischen Medien findet seine Meinung in Form von Interviews oder Gastkommentaren immer wieder Gehör.

Da es als Europapolitiker ebenso wichtig ist, über den Tellerrand, spricht über die Grenzen des Landes und in weiterer Folge der EU zu blicken, stehen jährlich immer wieder Reisen an – innereuropäische eben-



Andreas Mölzer in Paris: Nahm mit EU-Abg. Bruno Gollnisch (Front National) an einer Demo gegen die Homo-„Ehe“ teil



Aufstand auf Türkisch – Erdogans Abschied von Europa?: Andreas Mölzer zu Gast in der ORF-Diskussionssendung „Im Zentrum“

so wie welche außerhalb der EU. Am 25. Mai besuchte er auf Einladung des Front National Paris, im März bereiste er mit einer Delegation der FPÖ und dem Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf Peru und Kolumbien. Hochrangige Staatsmänner luden die Österreicher ein, um die Beziehungen zwischen den Ländern zu vertiefen und ihnen gleichzeitig einen Eindruck über ihr Land und ihre Kultur zu verschaffen.

Zudem hielt Mölzer am 27. Juni eine Rede zum Thema Spekulationen vor dem Wiener Landtag. „Spekulationen müssen nach den Ereignissen in Salzburg und in Wien mit den sogenannten Sell-and-lease-back-Geschäften auch auf regionaler Ebene bekämpft werden“, forderte er.

Für sein politisches Engagement wurde Andreas Mölzer im Dezember 2012 mit dem „Großen Goldenen Verdienstzeichen des Landes Kärnten“ ausgezeichnet. ♦



Kompetenter Ansprechpartner: A. Mölzer diskutiert mit Schülern der 8. Klasse des Europagymnasiums Villach

4 | THEMA

GASTKOMMENTAR

ANDREAS MÖLZER über die Situation, „die sich Kärnten nicht verdient hat“.

Die Stunde der Wahrheit ist da

Alles auf den Tisch! Dann eine rasche und rechtsstaatlich korrekte Entscheidung der Justiz! Und so schnell wie möglich die Befragung des Wählers! Das ist das Einzige, was Kärnten in der gegenwärtigen Situation weiterhelfen kann! Es ist hoch an der Zeit, die persönlichen Karriere-Interessen der Politiker und die Parteiläusen hintanzustellen. Nun geht es um das Land und um seine Menschen. Wer wagt, zuzulassen, dass das Ansehen Kärntens so massiv ramponiert wird, dass es als ein Hort von Gaunern und Gauklerwitzen betrachtet werden kann, der hat verloren. ...

Andreas Mölzer: Gefragter Gastkommentator in namhaften Zeitungen



A. Mölzer und der 3. NR-Präsident Graf im Gespräch mit dem Vizepräsidenten des peruanischen Senats, Fernando Andrade Carmona



Diskutierten am 19. Februar 2013 auf Einladung der Karl-Franzens-Universität Graz über die „Vereinigten Staaten von Europa“: Ex-Kanzler Gusenbauer, Ex-EU-Kommissar Fischler, EU-Abg. Mölzer und Univ.-Prof. Storr

Bilder: FPÖ/Universität Graz



Der Kanzler Faymann auf dem Weg zur Ratssitzung: Herausgekommen sind nur Mehrbelastungen für Österreich

Bild: Europäischer Rat

Faymanns Verhandlungs-„Erfolg“

Kampf um die EU-Milliarden: Österreich zahlt künftig einen höheren Nettobeitrag und erhält im Gegenzug weniger Subventionen

Nach langem Hin und Her und medialem Vorgetöse und Ausstoßen von Veto-Drohungen haben die Staats- und Regierungschefs sich Anfang Februar 2013 in einer weiteren Marathon-Sitzung doch noch auf einen Kompromiß zum mittelfristigen Finanzrahmen der EU für 2014–2020 geeinigt.

Von wegen „Verhandlungserfolg“: Mit zwei Prioritäten zog Österreichs Bundeskanzler Faymann in die Verhandlungen: eine deutliche Kürzung bei der ländlichen Entwicklung verhindern und den Beitrittsrabatt behalten. Als Ergebnis der Verhandlungen ist Österreichs Nettobeitrag gestiegen und zeitgleich der Rabatt gesunken und zusätzlich wurde bei den Regionalförderungen gekürzt. Dennoch ließ Faymann seinen „Verhandlungserfolg“ feiern.

2011 betrug der Rabatt für Österreich rd. 176 Millionen Euro, ab 2014 werden es nur mehr 105 Millionen sein. Es bleibt der Rabatt auf den Briten-Rabatt (alle Länder müssen das, was sich die Briten sparen, ausgleichen). Der Nachlaß auf den

Mehrwertsteuer-Anteil läuft Ende 2013 aus. Andere Länder behalten – leicht angepaßt – beide Rabatt-Teile. Zwar sinkt Nettobeitrag Österreichs prozentual von bisher 0,33 auf künftig 0,31 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Weil aber die Wirtschaft gewachsen ist, hat das zur Folge, daß der Nettobeitrag von derzeit 805 Millionen Euro auf rund eine Milliarde Euro pro Jahr steigen wird. Wenn man den erhöhten Brut-

London konnte sich bei den EU-Budgetverhandlungen wieder einmal durchsetzen.

tobeitrag und den reduzierten EU-Rabatt hernimmt, ergibt sich somit eine Mehrbelastung von rund einem Drittel.

Auch wenn die heimischen Bauern in der EU angeblich weiterhin „überproportional“ gefördert werden, werden sie de facto in den nächsten Jahren unterm Strich mit Kürzungen bestraft. Denn auch die Agrarförderungen sind eine Mogelpackung. Von den direkten Agrarförderungen,

die Österreich im Jahr 2012 gewährt wurden, erhielten Kleinbauern, die etwa 75 Prozent der gesamten Landwirte ausmachen, nur ein Fünftel, während die restlichen vier Fünftel Großbauern, Lebensmittelfirmen und Konzernen zugute kamen.

Mittlerweile haben sich bereits mehrere EU-Staaten einen Rabatt auf den Briten-Rabatt ausbedingt. Zusätzlich gibt es noch eine Reduktion auf die Mehrwertsteuereinnahmen, die nach Brüssel fließen. Die Rabatte wurden für Deutschland, die Niederlande und Schweden erhöht, nur für Österreich nicht.

Während Österreich in den nächsten Jahren auf 500 Millionen Euro beim Rabatt verzichten muß, bekommt Dänemark ab 2014 sogar erstmals einen jährlichen Rabatt von 147 Millionen Euro. Dabei hat Dänemark eine viel geringere Staatsverschuldung als Österreich.

System der „Zahlungen und Verpflichtungen“ ermöglicht PR-Gag: Für die Jahre 2014–2020 hat man sich auf 960 Milliarden Verpflichtungen und 908 Milliarden Zahlungen geei-

nigt. Verpflichtungen, das ist die Gesamtsumme der Finanzierungszusagen, Zahlungen sind die Summe der tatsächlich in dieser Periode zu begleichenden Rechnungen. Dementsprechend liegen die Zahlungen immer unter den Verpflichtungen. Und diese „Dualität“ wird von den Staats- und Regierungschefs zu PR-Zwecken genutzt – jeder „verkauft“ die ihm genehmere Summe seinen Wählern als Verhandlungserfolg. So verwenden der britische Premier Cameron und der niederländische Ministerpräsident Rutte die niedrigere Summe, um sich für ihr Verhandlungsgeschick feiern zu lassen. Kritiker fordern schon lange, die Zusammenführung des Systems von Zahlungen und Verpflichtungen. Einige sehen in einer Umstellung auf Eigenmittel (vorzugsweise über die EU-weite Nutzung der Finanztransaktionssteuer) hier eine Lösung. Allein, damit würde wohl jeglicher (zumindest ansatzweise vorhandene) Sparzwang wegfallen und noch mehr Geld zum „Brüsseler Fenster“ hinausgeschmissen.

Intransparenz mit System: Die vielen Ausnahmen und Rabatte sowie das verwirrendes System von Zahlungen und Verpflichtungen machen das EU-Budget intransparent. Ein wahrer Wildwuchs an EU-Agenturen verschleiert zudem die EU-Milliarden, die ausgegeben werden. Mittlerweile sind es schon über 30 Agenturen mit Tausenden Beamten, die quer durch Europa verteilt sind. Kritisiert werden Doppelstrukturen, mangelnde

Transparenz, auch Zweifel an der Rechenschaftslegung und Legitimität werden gehegt. Ein auf Druck des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments geschaffenes Konzept für die Agenturen hat bis dato keine erkennbaren Verbesserungen gebracht.

EU-Rettungsschirme – für Generationen verraten und verkauft: Nicht vergessen werden dürfen jene Abermilliarden, die im Rahmen diverser seitens der Staats- und Regierungschefs vertragswidrig ausgehandelter Rettungsschirme (und in den meisten nationalen Parlamenten durchgewinkt) ganz lapidar quer durch Europa umverteilt werden und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Schulden-Transfer-Union verkommen lassen. Diese

Der Wildwuchs an EU-Agenturen wird nicht beseitigt.

Unsummen, die der Steuerzahler für die Europäische Union berapen muß, scheinen im Budget natürlich nicht auf, da sie ja direkt in die Budgetlöcher in den betreffenden Mitgliedstaaten fließen ohne diese auch nur ansatzweise flicken zu können. Schlußendlich landen die Abermilliarden bei den betreffenden staatlich „geretteten“ Banken, die ihren Managern trotzdem bis heute Millionen-Boni ausgezahlt haben.

Und noch viel teuer wird es, wenn die künftigen Generationen den Schuldenberg aus den EU-Rettungsschirmen abtragen (das Worst-Case-Szenario geht von 386 Milliarden Euro aus) und sich das Geld dafür vom Mund absparen müssen. ◆

Sieger & Verlierer der Rabattschlacht

Im Jahr 1984 handelte Margaret Thatcher den sogenannten „Britten-Rabatt“ aus, der dem Vereinigten Königreich mit der Begründung gewährt wurde, daß die britische Landwirtschaft nicht in gleichem Maße von den Agrarsubventionen profitieren konnte wie etwa jene Frankreichs oder Deutschlands. Ein weiteres Argument war das zu jener Zeit niedrige britische Wohlstandsniveau. Inzwischen gibt die EU deutlich weniger Geld für Landwirtschaft aus, aber den Britenrabatt gibt es immer noch. Seit Jahren wird eine Abschaffung oder zumindest Minderung gefordert, da Großbritannien mittlerweile zu einem der reichsten EU-Länder zählt.

Im Gegensatz zu den Briten steht Österreich auf der Verliererseite: Von 1995, dem ersten Jahr der EU-Mitgliedschaft, bis 2011 schwankte der jährliche Nettobeitrag zwischen 210 Millionen Euro (2002) und 810 Millionen Euro (2011). Der zusammengerechnete Nettobeitrag unseres Landes seit 1995 beläuft sich auf stolze 8,39 Milliarden Euro – in alter Währung sind das rund 115,4 Milliarden Schilling! ◆

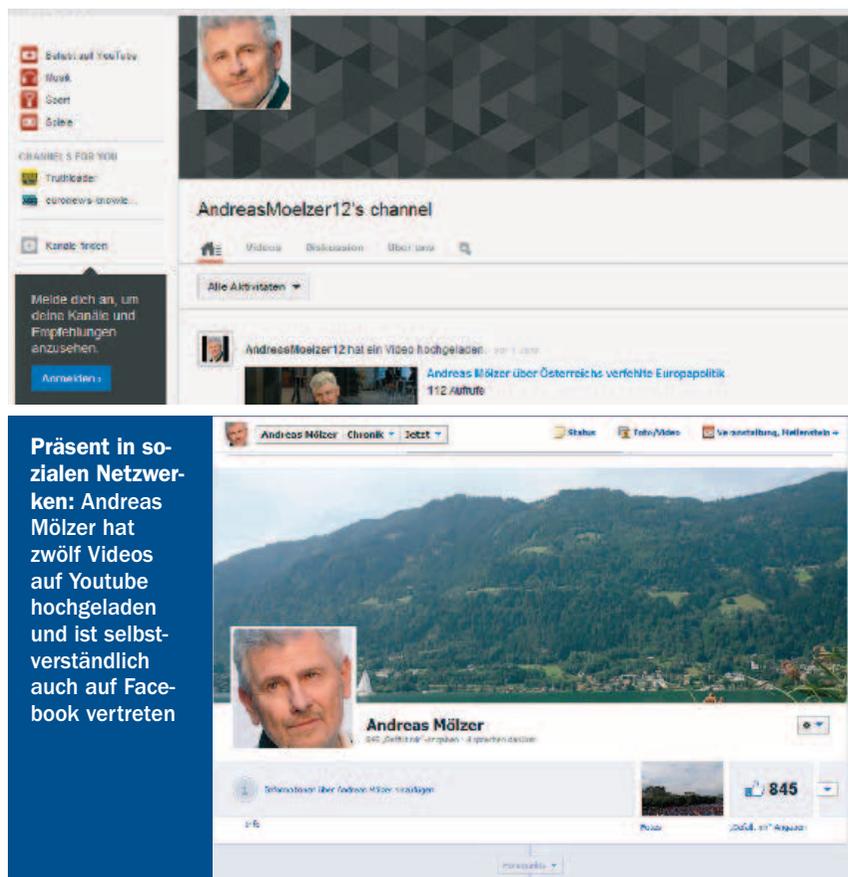


David Cameron (im Vordergrund): Der Premier setzt sich für britische Interessen ein

Bild: Europäischer Rat

Hochaktiv in sozialen Netzwerken

FPÖ-EU-Delegationsleiter Andreas Mölzer ist auch in den neuen Medien vertreten



Präsent in sozialen Netzwerken: Andreas Mölzer hat zwölf Videos auf Youtube hochgeladen und ist selbstverständlich auch auf Facebook vertreten

Für einen Politiker im 21. Jahrhundert führt mittlerweile kein Weg mehr an den sozialen Netzwerken vorbei. Twitter und Facebook wollen bedient werden, um mit dem Wähler im direkten Kontakt zu stehen, ihn über die Tätigkeiten und Arbeitsweisen zu informieren und auch persönliche Anfragen möglich zu machen.

Neuesten Zahlen zufolge nutzen drei Millionen Österreicher die Plattform Facebook. Einerseits dient sie der Kommunikation, mittlerweile aber auch der Information. Europaabgeordneter Andreas Mölzer möchte mit seinem Profil und seiner Seite jedem österreichischen Nutzer schnell und unkompliziert die Möglichkeit bieten, sich über seine Tätigkeiten zu informieren oder mit ihm in direkten Kontakt zu treten. Bilder sowie die Verbreitung seiner Gastkommentare oder Fernsehauftritte geben einen gu-

ten Überblick. Immerhin knapp 850 Menschen „gefällt“ das und sie verfolgen sein reges Tun auf Facebook.

Auch Twitter wird von dem Abgeordneten gerne genutzt – vor allem in den Plenarwochen in Straßburg, um seine Follower über die aktuellen Geschehnisse und Abstimmungen in Kenntnis zu setzen. Knapp 1.000 Follower zählt Andreas Mölzer – in- sowie ausländische. Für den Europaabgeordneten ist es wichtig, diesen mittlerweile wohl schnellsten Nachrichtenkanal zu nutzen, um selbst auch über die politischen Geschehnisse im In- und Ausland ehestmöglich Bescheid zu wissen und die Meinungen anderer dazu zu kennen.

Auf viel Interesse stößt auch der mindestens zweimal die Woche aktualisierte Blog von Andreas Mölzer. Hier nimmt er mit profunder Sach-

kenntnis und in einprägsamer Sprache zu den verschiedensten Themen Stellung, die den Österreicherinnen und Österreichern unter den Nägeln brennen. Seien es Fehlentwicklungen und Irrwege der Europäischen, sei es die innenpolitische Lage in Österreich, oder sei es das Dritte Lager. Andreas Mölzers Meinungen und Ansichten werden im Netz rege diskutiert und auch weiterverbreitet.

Wer Andreas Mölzer lieber „in natura“ sehen mag, ist gut beraten, sich die Video-Clips des freiheitlichen Europaabgeordneten auf der Plattform Youtube anzusehen. Mit seinem „AndreasMoelzer12's channel“ hat der freiheitliche EU-Abgeordnete bereits zwölf Clips plaziert.

In den kurzen, drei- bis vierminütigen Streifen widmet er sich dabei jeweils einem bestimmten Thema – etwa dem EU-Beitritt der Türkei, dem Frieden im Nahen Osten, Datenschutz und Freiheit im Internet, der EU-Kampagne gegen die ungarische Orbán-Regierung oder den rechtsdemokratischen Parteien und Bewegungen in Europa – und erklärt die Problematik dem interessierten Zuschauer. Zugute kommt Mölzer dabei neben seiner rhetorischen Brillanz natürlich auch seine inzwischen neunjährige Erfahrung als Mitglied des Europäischen Parlaments. ♦

EU-Abg. Andreas Mölzer im Internet

- Homepage: www.andreas-moelzer.at
- Blog: andreasmoelzer.wordpress.com/
- Facebook: www.facebook.com
- Twitter: www.twitter.com

Bereit für Mai 2014

Europäische Allianz für Freiheit: Ein Jahr vor der nächsten EU-Wahl tagten Europas Rechtsdemokraten in Paris

Das Datum und der Ort waren bewusst gewählt. Am Tag genau ein Jahr vor der nächsten EU-Wahl am 25. Mai 2014 trafen sich die Mitglieder der Europäischen Allianz für Freiheit (EAF) in Paris, um über gemeinsame Strategien für den Urnengang und die Zeit danach zu diskutieren. Paris ist auch der Sitz des Front National, dessen Vorsitzende Marine Le Pen bei der letzten französischen Präsidentschaftswahl mit rund 18 Prozent Wählerzuspruch ein viel beachtetes Ergebnis einfuhr.

Nun liegt sie in Umfragen bereits gleichauf mit den regierenden Sozialisten und den oppositionellen Konservativen.

Marine Le Pen war es auch, die am Kongreß der EAF, auf Einladung von deren Präsidenten, dem freiheitlichen EU-Abgeordneten Franz Obermayr, das Hauptreferat hielt. Darin rief sie die patriotischen Kräfte quer durch Europa zur Zusammenarbeit nach der nächsten EU-Wahl auf, um stärker gegen die Verfehlungen der Europäischen Union ankämpfen zu können. Insbesondere müsse es in weiten Bereichen zu einer Rückübertragung von Kompetenzen an die Nationalstaaten kommen, z. B. betreffend die Grenzkontrollen. Den Euro bezeichnete sie als Grundübel für die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa.

Es ist zweifellos ein Erfolg der beiden freiheitlichen Europa-Abgeordneten Mölzer und Obermayr, die Kontakte zum Front National, deren Grundstein der freiheitliche Delegationsleiter im EU-Parlament Andreas Mölzer nach seinem ersten Einzug ins Europaparlament im Jahr 2004 gelegt hatte, weiter ausgebaut und Marine Le Pen in die EAF integriert zu haben. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß der „große Strategie“ Jörg Haider internationale Kontakte für unwichtig und für die nationale Politik hinderlich einstufte.

Der EAF-Präsident Obermayr und sein Vorstandskollege Mölzer schlagen hier einen anderen Weg ein und sind davon überzeugt, daß die großen Probleme der Gegenwart und



Bild: Obermayr

Europas Rechtsdemokraten wollen in Zukunft noch enger zusammenarbeiten: Philip Claeys, EU-Abgeordneter des Vlaams Belang, Gerolf Annemans, Vorsitzender des Vlaams Belang, Front-National-Vorsitzende Marine Le Pen sowie Franz Obermayr, EU-Abgeordneter der FPÖ und Präsident der EAF (v. l. n. r.)

Zukunft in Europa von den patriotischen Parteien nur gemeinsam bewältigt werden können. Der Kongreß der EAF beschloß daher ein Manifest für eine neue Politik in Europa, das in einer internationalen Pressekonferenz auch den Medienvertretern vorgestellt wurde.

Darin wird gefordert:

- Überprüfung und Rückübertragung von Kompetenzen von der EU

Den Grundstein der Kontakte der freiheitlichen EU-Delegation hat Andreas Mölzer gelegt.

zu den Nationalstaaten; stärkere Betonung des Subsidiaritätsprinzips

- Wiedereinführung der Grenzkontrollen (Bekämpfung der internationalen Kriminalität)

- Möglichkeit der Krisenländer, zu ihrer eigenen Währung zurückzukehren

- Schutz gegen Dumpingimporte (Strafzölle)

- Verhinderung von Sozialmißbrauch durch Rückübertragung sämtlicher Kompetenzen an die Nationalstaaten

- Stopp der Massenzuwanderung angesichts einer Rekordarbeitslosigkeit in Europa

- Stärkung der Familien und traditioneller Werte; gerechtere Besteuerung (Familiensteuersplitting) und geburtenfördernde Maßnahmen.

An der Konferenz der Europäischen Allianz für Freiheit nahmen neben den erwähnten Personen hochrangige Vertreter aus verschiedenen Mitgliedstaaten der EU teil, wie: Kent Ekeroth, Abgeordneter der Schwedendemokraten im schwedischen Parlament, der Präsident des Vlaams Belang (VB), Gerolf Annemans, sowie der EU-Abgeordnete des VB, Philip Claeys, in Vertretung von FPÖ-Chef Strache der außenpolitische Sprecher der FPÖ, Johannes Hübner, sowie der Präsident des FPÖ-Bildungsinstituts, Hilmar Kabas. ◆

Kein Abbruch der Verhandlungen

Polizeigewalt, Tote, Verletzte und Einschränkung der Grundrechte. Für die Europäische Union ist das alles kein Grund für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Ganz im Gegenteil, das keinasiatische Land und sein Regierungschef Erdogan werden auch dafür belohnt, daß sie die vielgepriesenen „europäischen Werte“ mit Füßen treten. Denn Ende Juni einigten sich die Außenminister der EU-Staaten darauf, das 22. Verhandlungskapitel (Regionalpolitik) zu eröffnen. Wegen gewaltsamer Niederschlagung der jüngsten Proteste wurde nur die offizielle Eröffnung dieses Verhandlungskapitels auf Herbst verschoben – als ob während der Sommermonate in den Brüsseler Eurokraten-Burgen hektisches Treiben herrschte.

Ein besonderes politisches „Gespür“ zeigte übrigens Michael Spindelegger: Der Außenminister sprach sich trotz anhaltender Gewalt kurzzeitig für die Eröffnung eines weiteren Kapitels der Beitrittsverhandlungen mit Ankara aus, und zwar ausgerechnet jenes über „Justiz und Grundrechte“. ♦



„Tabansiz Tayyip“:
„Angstphase Tayyip“
meint ein Demon-
strant über den türki-
schen Premier Recep
Tayyip Erdogan

Aufstand gegen Erdogan

Der türkische Premier will seine Islamisierungspolitik notfalls mit Gewalt durchsetzen

Mehr als 1.000 Verletzte und über 1.700 Festnahmen und fünf Tote. So lautet die traurige Bilanz des brutalen Vorgehens der türkischen Sicherheitskräfte gegen Demonstranten. Entzündet hatte sich der Funke in Istanbul bei einem Protest gegen ein umstrittenes Bauprojekt. Als aber Kundgebungsteilnehmer Parolen wie „Erdogan, Rücktritt!“ riefen, wurde rasch klar, daß mehr dahintersteckt. Aber nicht die Rodung von Bäumen für ein Einkaufszentrum

oder der Bau eines dritten Flughafens für die Metropole am Bosphorus waren der Anlaß, sondern der autoritäre Führungsstil von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan und seiner islamistischen AKP-Partei.

Seit März 2003 Regierungschef, haben Erdogan und seine Mitstreiter alles daran gesetzt, die Türkei zu islamisieren und das Erbe von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk zurückzudrängen. Das Verfassungsgericht wurde durch Postenbesetzungen auf Linie gebracht, sodaß das Kopftuchverbot an den Universitäten aufgehoben wurde, und der Einfluß der Armee, der Hüterin des Kemalismus, wurde erheblich beschnitten.

Vor allem aber duldet der „Sultan“ keinen Widerspruch, was unzählige Kritiker zu spüren bekamen. Im September 2012 berichtete die türkische Tageszeitung „Cumhuriyet“ von Einschränkungen der Pressefreiheit, die so weit gehen, daß wiederholte Beleidigungen und Drohungen durch Erdogan gegen Journalisten zu einer Selbstzensur führen. Als im Juni 2011 der ungehinderte Zugang zum Internet durch Einführung von



Huldvoll winkt der neo-osmanische Sultan: Ministerpräsident Erdogan und sein Umfeld schwelgen in türkischen Großmachtsphantasien

Bild: ymg.com



Bild: iflcr.com

Filtern eingeschränkt wurde, kam es zu Protesten. Wenig überraschend führt die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ die Türkei in ihrer aktuellen Rangliste auf Platz 154 von 179 untersuchten Ländern. Damit ist das kleinasiatische Land in der selben Liga wie afrikanische Diktaturen.

Ein anderer Fall, der das in der Türkei herrschende Klima eindrucksvoll veranschaulicht, ist die im April erfolgte Verurteilung des bekannten Pianisten Fazıl Say zu einer zehnmönatigen Haftstrafe auf Bewährung wegen „Beleidigung der Religion“. Says „Vergehen“: Der Musiker hatte über den Kurznachrichtendienst Twitter folgende Meldung verbreitet: „Du sagst, durch die Bäche wird Wein fließen, ist das Paradies etwa eine Schänke? Ich werde jedem Gläubigen zwei Jungfrauen geben, sagst du, ist das Paradies etwa ein Freudenhaus.“

Wenige Tage vor Ausbruch der Proteste wurde eine neue Maßnahme der AKP-Regierung bekannt: Der Verkauf von Alkohol soll erheblich eingeschränkt werden. Im Parlament legte die islamistische Partei auch einen zusätzlichen Passus vor, nach dem im Fernsehen bei Filmen, Serien und Musikvideos alle Bilder von alkoholischen Getränken gerastert werden müssen, damit sie nicht mehr zu erkennen sind.

Aber Erdogan will nicht nur die Türken auf den Pfad islamischer Tugendhaftigkeit zurückführen, son-

dern ihm schwebt Größeres vor: Der 1954 als Sohn eines Seemanns Geborene will zum Führer der islamischen Welt aufsteigen. So sagte im Jänner 2010 der Türkei-Experte Gareth Jenkins der Zeitung „Die Welt“: „Er (Erdogan, Anm.) würde eine muslimischere Gesellschaft in der Türkei herbeiführen, und die Türkei als Führer der muslimischen Welt etablieren. Mit dem Westen würde er gute nachbarschaftliche Beziehungen anstreben, aber ‚nicht im selben Haus‘, er würde eine Distanz suchen.“

Um seine Macht weiter auszubauen, arbeitet der Premierminister bereits seit Jahren an einer neuen Verfassung, welche die bisherige, 1982 von den Militärs mitgeschriebene, ersetzen soll. Kernstück ist die Einführung eines Präsidialsystems, welches das Staatsoberhaupt mit einer in

In Sachen Pressefreiheit liegt die Türkei gleichauf mit afrikanischen Diktaturen.

Demokratien unüblichen Machtfülle ausstatten soll. „Erdogan wäre wie ein gewählter König“ sagte vor drei Jahren der türkische Staatsrechtler Necmi Yüzbaşıoğlu zum „Spiegel“. Und wer dem amtierenden Staatspräsidenten Abdullah Gül, ebenfalls ein AKP-Mann, im nächsten Jahr nachfolgen soll, ist auch klar: Erdogan.

Über all dem steht das „Projekt 2023“: In diesem Jahr jährt sich die Gründung der türkischen Republik durch Atatürk zum hundertsten Mal,

ein Anlaß, der nicht nur feierlich begangen werden soll. Vielmehr hat Erdogan die Parole ausgegeben, daß die Türkei in diesem Jahr in den elitären Kreis der zehn größten Wirtschaftsmächte aufgestiegen sein soll. Ein kühnes Unterfangen, hinter dem einige große Unsicherheiten stehen. Zwar hat die Türkei im Vergleich zu anderen Volkswirtschaft immer noch ausgezeichnete Wachstumsraten, jedoch ist die türkische Wirtschaft überhitzt. Es drohen zahlreiche Blasen, insbesondere im Immobilien-Sektor. Zudem wird die Produktion von türkischen Unternehmen zunehmend in Billiglohnländer in Asien und Afrika ausgelagert.

Zu Erdogans Großmannssucht gehört auch das Vorhaben, die Türkei als Regional-, wenn nicht sogar als Weltmacht zu etablieren. Das ist mit ein Grund, warum sich Ankara auf die Seite der syrischen Rebellen gestellt hat und diese unterstützt. Daß Ankara aber dadurch Gefahr läuft, in den Bürgerkrieg im Nachbarland hineingezogen zu werden – immer wieder werden türkische Grenzorte von Syrien aus beschossen – beunruhigt hingegen viele Türken.

Die Proteste stellen eine ernste Gefahr für Erdogans hochtrabende Pläne dar. Denn es beteiligen sich so gut wie alle Bevölkerungsschichten – Junge und Alte, Arbeiter und Studenten – daran, weshalb seitens der Opposition bereits vom „Türkischen Frühling“ gesprochen wird. ◆

Der Machtrausch des „Sultans“

Für 2014 ist der Höhepunkt seiner politischen Karriere geplant: Dann nämlich will der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan seinem (islamistischem) Parteifreund Abdullah Gül als Staatspräsident nachfolgen. Natürlich nach vorheriger Verfassungsreform, die dem Staatsoberhaupt eine noch größere Machtfülle einräumt als dem US-Präsidenten.

Politisch sozialisiert wurde Erdogan recht früh in islamistischen Kreisen. Und die Äußerung „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten“ brachte ihm einen mehrmonatigen Gefängnisarrest sowie ein zeitweiliges Politikverbot ein. Im Ausland gefällt sich Erdogan als Schutzherr der türkischen Parallelgesellschaften. 2008 bezeichnete er in Köln Assimilierung als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. ◆

Objektive Information

Andreas Mölzers EU-Hintergründe:
Wissen aus erster Hand für die Bürger

Über das wahre Geschehen in der Europäischen Union aufzuklären und die zahlreichen Mißstände und Irrwege aufzuzeigen, zählt zu den wichtigsten Anliegen des freiheitlichen EU-Delegationsleiters Andreas Mölzer. Ein Mittel dazu sind neben Vorträgen und Informationsveranstaltungen die „EU-Hintergründe“, die auf seiner Internetseite andreas-moelzer.at abrufbar sind. „Es ist meine Pflicht und Aufgabe, die Bürger mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu informieren. Und in der heutigen Zeit bietet das Internet Möglichkeiten, von denen man vor einem Vierteljahrhundert nicht einmal träumen konnte“, erklärt Mölzer.

Seit Andreas Mölzer 2004 ins Europäische Parlament eingezogen ist, sind bereits 71 dieser Informationen erschienen. Auf jeweils zwei bis drei Seiten werden kompakt und pointiert, aber ohne die erforderliche Sachlichkeit zu verlassen, über die verschiedensten Themen informiert, mit welchen sich der Europaparlamentarier in Brüssel und Straßburg befaßt. Zum besseren Verständnis für den Leser finden sich in den EU-Hintergründen zudem Statistiken und Graphiken.

Die im ersten Halbjahr 2013 erschienenen EU-Hintergründe verdeutlichen, daß Andreas Mölzer alles andere als „monothematisch“ unterwegs ist. Denn unter den behandelten Themen findet sich die Lage in Mali ebenso wie die Empfehlung der EU-Kommission an die Mitgliedstaaten, jungen Menschen unter 25 Jahren eine Beschäftigungsgarantie zu geben, die Verbesserung des Finanzierungszugangs für Kleine und Mittlere Unternehmen, die Problematik des Handels mit Treibhausgas-Emissionszertifikaten, den Fortschrittsbericht zu Serbien oder

Offshore-Aktivitäten zur Förderung von Erdöl und Erdgas

Zusätzlich zu den EU-Hintergründen gibt es die „Spezialinformationen“, welche ebenfalls auf zwei bis drei Seiten ein Einzelthema behandeln. „Bei komplexen Themen wie der

Euro-Krise und der völlig miß-

Entwicklung der Schuldenkrise. „Das sind alles Themen, die die Menschen bewegen. Und beim Thema Euro-Krise wird der Ernst der Lage von den Beschwichtigungen des Brüsseler Establishments verharmlost. Deshalb brauchen die Bürger objektive Informationen“, so Mölzer.

Wie beliebt EU-Hintergründe und

Sonderinformationen sind, ermißt sich daran, daß diese als Newsletter an rund 10.000 E-Mail-Adressen versendet werden. Aufgrund der Brisanz der Themen, die behandelt werden, und der Erkenntnisse über die Vorgänge in der Europäischen Union, die sie Außenstehenden liefern, ist davon auszugehen, daß viele EU-Hintergründe bzw. Sonderinformationen weitergeleitet werden, so daß der tatsächliche Verbreitungsgrad deutlich höher liegen dürfte.

Darüber hinaus bietet Andreas Mölzers Internetauftritt eine Fülle von Informationen über die Aktivitäten des freiheitlichen EU-Abgeordneten. Über seine zahlreichen Presse Dienste zu den verschiedensten Themen, über seine politischen Initiativen, über die Zusammenarbeit mit anderen patriotischen und rechtsdemokratischen Bewegungen und Parteien in Europa, über Anfragen an Rat und Kommission, Reden im Europäischen Parlament, über das Echo auf seine politische Arbeit in (auch ausländischen) Medien oder über seine publizistische Tätigkeit.

Um es kurz zusammenzufassen: Andreas Mölzers Internetseite ist ein Spiegel seiner Tätigkeit als der fleißigste österreichische Europaabgeordnete. ♦



lungenen Euro-Rettung, der Problematik des EU-Beitritts der Türkei oder zu wichtigen außenpolitischen Fragen wie die Entwicklung in den arabischen Länder, die, welche Richtung auch immer sie nehmen werden, in einer entsprechenden Tiefe behandelt werden“, betont Mölzer.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres erschienen drei Sonderinformationen, und zwar zu den Themen EU-Beitritt Kroatiens, Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und weitere